

Zentrum für Europäische Integrationsforschung  
Center for European Integration Studies  
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn



Michael Lochmann

**Die Türkei im Spannungsfeld zwischen Schwarzmeerkooperation und Europäischer Union**

**Discussion Paper**

**C110  
2002**

Michael Lochmann, mag. phil., geboren 1976 in Meran. Studium der Fächer Geschichte und Politikwissenschaft an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, April 2001 Verleihung des Magister der Philosophie.

Diplomarbeit: Die Türkei im Spannungsfeld zwischen Schwarzmeer-Kooperation und Europäischer Union?

*Michael Lochmann*

## **Die Türkei im Spannungsfeld zwischen Schwarzmeer-Kooperation und Europäischer Union**

Das Jahr 1989 markierte für die türkische Republik einen bedeutungsvollen wie auch folgenschweren Wendepunkt. Gleich zwei entscheidende Ereignisse sollten die Außenpolitik des nächsten Jahrzehntes bestimmen und in einer Weise und Intensivität beeinflussen, wie es sich niemand hätte erwarten können: Die negative Stellungnahme der Kommission zum türkischen Antrag auf Mitgliedschaft war der Beginn einer fast zehnjährigen Zeitspanne von Rückschlägen im Verhältnis zwischen Bosporus und Brüssel, mit Ausnahme von kurzen Perioden der positiven Kooperation. Der sich abzeichnende Zusammenbruch der Sowjetunion und das Auseinanderbersten der fast ein halbes Jahrhundert lang die internationalen Beziehungen bestimmenden Strukturen des Ost-West-Konfliktes eröffneten der Türkei neue Perspektiven und außenpolitische Betätigungsfelder: Die Neuen Unabhängigen Staaten (NUS) der Schwarzmeerregion wie auch jene der kaukasischen und zentralasiatischen Gebiete boten der Türkei die historische Chance, ihre regionale Machtposition zu stärken und auszubauen.

Aufgrund der in den 90er Jahren streckenweise auf ein Minimum reduzierten Beziehungen zur Europäischen Union und der offensiv, zum Teil auch aggressiv verfolgten türkischen Interessenspolitik im Schwarzmeerraum und den östlich von ihr liegenden Regionen, stellen sich folgende Fragen: Befand sich die Türkei in den 90er Jahren in einem Spannungsfeld zwi-

schen Europäischer Union und Schwarzmeer-Kooperation? Welche Rolle spielten die neuen geostrategischen Räume im Verhältnis Europa-Türkei?<sup>1</sup> Auf den folgenden Seiten wird auf diese Problematik eingegangen, wobei schwerpunktmäßig die türkischen Beziehungen zu den NUS und den Schwarzmeer-Anrainerstaaten im Zeitraum von 1989 bis 2000 analysiert werden sollen.

## **I. Die Türkei und die kaukasischen und zentral-asiatischen Staaten –**

### **Der Pantürkismus als Folge des Zusammenbruchs der Sowjetunion und seine Rolle im türkischen Großmachtstreben**

Bereits kurz nach den ersten Auflösungserscheinungen des sowjetischen Imperiums 1988/89, und verstärkt nach dessen Zusammenbruch Beginn der 90er Jahre, vollzog die türkische Regierung gezwungenermaßen einen Wechsel in ihrer Außenpolitik. Der jahrzehntelang herrschende Ost-West-Konflikt und die durch ihn dominierte internationale Politik war in seinen Grundfesten erschüttert und existierte nur noch für kurze Zeit in abgeschwächter Form.

Die türkische Republik stand einer völlig neuartigen regionalpolitischen und internationalen Mächtekonstellation gegenüber. Die drei wichtigsten Fundamente 50jähriger türkischer Außenpolitik, nämlich territoriale Einheit durch die NATO-Mitgliedschaft, Zusammenarbeit mit dem Westen auf wirtschaftlicher und politischer Ebene und Einbindung in die westliche Kultur,<sup>2</sup> sahen sich mit einer neuen, veränderten geopolitischen Lage konfrontiert. Der Halbmond war nun nicht mehr nur ein wichtiger Fixpunkt der NATO, sein Einsatz und seine schnelle und unmissverständliche Positionierung im Golfkrieg „hat [jedoch] dazu beigetragen, dass sich die Tür-

1 Vgl. dazu: Lochmann, Michael: Die Türkei im Spannungsfeld zwischen Schwarzmeer-Kooperation und Europäischer Union?, Diplomarbeit, Innsbruck 2001.

2 Yilmaz, Bahri: Regionalmacht Türkei. Hat sie ihre Führungsrolle verpasst? (Internationale Politik 5), Bonn 1995, S. 37.

kei,[...], in eine potentielle regionale Macht verwandeln konnte.”<sup>3</sup> Auch die bisher unterbrochenen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zu den ehemaligen Anrainerstaaten der Schwarzmeerregion, des Kaukasus, Transkaukasus und Zentralasien konnten nach 50jähriger Pause wieder aufgenommen werden. Es bot sich Ankara die einmalige Chance, eine Stellung als regionaler Hegemon sowie politischer und ökonomisch potenter Partner einzunehmen. Die kulturellen, sprachlichen und religiösen Gemeinsamkeiten boten eine gute Grundlage, von der aus dieses Projekt initiiert und ausgebaut werden konnte.

Die türkischen Regierungen erkannten diese Chance schnell: „Nach kurzem Schwanken wurde Präsident Turgut Özal zum Vorkämpfer eines umfassenden türkischen Engagements in Zentralasien”.<sup>4</sup> Dies brachte ihm unter anderem den nicht von der Hand zu weisenden Vorwurf einer pantürkisch orientierten Außenpolitik ein. So äußerte sich der russische Präsident Boris Jelzin 1994 besorgt auf dem zweiten Gipfel der Turkstaaten in Istanbul:

„Der Gipfel in Istanbul könne eine gegen Russland gerichtete[n] Allianz erzeugen. Russland sei die Brücke nach Europa für die mittelasiatischen Staaten, nicht die Türkei, [...]”.<sup>5</sup>

Sprach Jelzin von einer „gegen Russland gerichtete Allianz“, so fußte diese Aussage auf entsprechende Anzeichen einer geänderten Außenpolitik am Bosphorus.

Nach Bekannt werden der negativen Stellungnahme der Europäischen Kommission zum türkischen Antrag auf Vollmitgliedschaft vom 18. Dezember 1989 und dem gleichlautenden Beschluss durch den EG-Ministerrat am 4. Februar 1990 begann sich die türkische Innen- und Außenpolitik zunehmend auch nach Osten zu orientieren. Hüseyin Bağcı sieht die ”Grand

3 Tibi, Bassam: Die postkemalistische Türkei. Zwischen EU und pantürkischem Islamismus (Internationale Politik 1), Bonn 1998, S. 2.

4 Steinbach, Udo: Außenpolitik am Wendepunkt? Ankara sucht seinen Standort im internationalen System (Aus Politik und Zeitgeschichte 11-12/97), Bonn 1997, S. 25.

5 Archiv der Gegenwart, Dokument Nr. 39.407.

Strategy” der Türkei nach dem Ende des Kalten Krieges zu Recht in einem Dilemma: Der Ausschluss der türkischen Republik aus dem Kreise der potentiellen EU-Aufnahmekandidaten bewirkte einen Sinneswandel - mehr in der Innen- als in der Außenpolitik.<sup>6</sup> Und weiter:

„Nach der Entscheidung, die Türkei vorerst nicht in den Kreis der EU-Beitrittskandidaten aufzunehmen, erreichten die Beziehungen zu Europa einen Tiefpunkt wie nie zuvor in der modernen Geschichte des Staates seit 1923. [...] Ismail Cems [Anm. d. Autors: türkischer Außenminister] Konzept für eine neue ‚Grand Strategy‘ der Türkei sieht vor, dass diese nicht mehr an der Peripherie Europas, sondern im Zentrum der euro-asiatischen Region liegt.“<sup>7</sup>

Trotz düsteren Zukunftsaussichten und großer Verärgerung auf türkischer Seite, hielt man weiterhin am jahrzehntelang praktizierten Konzept einer aktiven Westorientierung, inklusive eines EU-Beitritts, fest. Die Regierung unter Turgut Özal konnte der negativen Stellungnahme sogar positive Aspekte abringen. Sie spielte die Folgen für die Türkei herunter: Der Bericht der Kommission zolle der Türkei Respekt und Anerkennung als europäischer Staat, der es früher oder später schaffen werde, als Mitglied aufgenommen zu werden.<sup>8</sup> Sein Staatsminister für Europangelegenheiten, Ali Bozer, erblickte gleichermaßen nur positive Seiten. Für ihn stellte „der EG-Bericht das Recht der Türkei auf Vollmitgliedschaft außer Zweifel. Dies sei die einzige zufrieden stellende Antwort, die die Türkei aus Brüssel erwarte.“<sup>9</sup> Die positiven Äußerungen dürften wohl auf die Tatsache zurückzuführen sein, dass die türkische Opposition mit dem negativen ”avis” der Kommission auch die politische Zukunft Özals und seiner Regierung in Frage stellte. Andererseits waren sie insofern begründet, als die Kommission kurz darauf im Juni 1990 ein Maßnahmenpaket verkündete, mit wel-

6 Bagci, Hüseyin: Die Problematik der türkischen ”Grand Stategy” der Türkei in einer sich verändernden Sicherheitsumwelt: Gestern und Heute, in: Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik 2000, hg. v. Landesverteidigungsakademie Wien und Militärwissenschaftliches Büro (Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik 1), Wien 2000, S. 5-24, hier S. 10.

7 Ebenda., S. 14-15.

8 Türkische Reaktionen zum EG-Bericht, in: Neue Züricher Zeitung, Nr. 297, 21.12.89, S. 3.

9 Ebenda, S. 3.

chem die Türkei näher an die EG herangeführt werden sollte.<sup>10</sup> Es wurde somit 1989/90 offiziell bestätigt, was bereits zuvor kein Geheimnis mehr war: Es bedurfte noch weiterer großer Anstrengungen, um die geforderten Kriterien einer Mitgliedschaft zu erfüllen.

Die neuen Perspektiven im kaukasischen und zentralasiatischen Raum schienen der türkischen Europapolitik außerdem noch zugute zu kommen: Es wurde Ankara die einmalige Möglichkeit geboten, sich mittel- und langfristig als Partner einer europäischen Außenpolitik in diesen Gebieten anzubieten und folglich die eigene Position zu stärken.

Hinlänglich bekannte Gegebenheiten ließen diese Räume für die Europäische Union in Zukunft wichtig erscheinen: Für die europäische Wirtschaft dringend benötigte Erdöl- und Erdgasreserven befinden sich in der Region, bereits in Betrieb befindliche Pipelines durchqueren sie, weitere wichtige Verbindungen waren geplant und sind mittlerweile beschlossen. Die wichtigsten, d.h. kürzesten und potentiell kostenniedrigsten Verkehrswege nach Asien und teilweise in den Orient durchkreuzen diese Gebiete. Neue Absatzmärkte für europäische Produkte und Gewinn versprechende Investitionsmöglichkeiten könnten für die europäischen Marktwirtschaften langfristig erschlossen werden. Hinzu kommen sicherheitsstrategische Aspekte: In den meisten dieser Staaten kam es in der Vergangenheit zu teils schweren bewaffneten zwischenstaatlichen Konflikten, teils bewaffneten Auseinandersetzungen innerhalb des jeweiligen Staatsterritoriums. Die häufigste Ursache dafür waren ethnische Konflikte, zum Teil gepaart mit religiösem Fanatismus. Auch in Zukunft dürfte es noch zu weiteren Eskalationen und Zwischenfällen kommen. Dies stellt für Europa ein Problem in mehrfacher Weise dar: *Zum einen* können Flüchtlingsströme Richtung Europa rollen, *zum anderen* ist auch mit weiteren Auswanderern zu rechnen, welche aufgrund der schlechten wirtschaftlichen und sozialen Umstände die Flucht

10 Vgl. dazu: "Commission communication on strengthening relations with Turkey", Dokument Nr. P/90/39 vom 6.6.1990, entnommen [www.europa.eu.int/comm](http://www.europa.eu.int/comm). Sie empfahl folgende Vorgehensweise: Erstens Errichtung der Zollunion im Jahre 1995, zweitens Intensivierung der industriellen und technologischen Kooperation in Sachbereichen, welche direkt oder indirekt mit der Zollunion verbunden waren, drittens Reaktivierung der finanziellen Kooperation, viertens Förderung der politischen Kooperation.

ergreifen. Eine politisch instabile Region am Rande der europäischen Einflusszone wäre sehr gefährlich. Auch kann die Europäische Union mit ihrem Anspruch auf westliche Wertnormen und stabilen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, nicht untätig zu sehen, wie Staaten und/oder politische Akteure in ihrem (noch nicht geschaffenen) potentiellen Einflussbereich ihren Vorstellungen von staatlicher und gesellschaftlicher Ordnung entgegengesetzte Maßnahmen ergreifen. Ebenfalls könnten durch eine verstärkte Kooperation, mit Unterstützung der Türkei, die Hegemonialbestrebungen Russlands beschnitten, und ein regional expandierender Iran in seiner Machtentfaltung frühzeitig eingedämmt werden. Zukünftige europäische Aktivitäten in diesen Regionen bieten der Türkei die einmalige Gelegenheit, sich als "global player" zu etablieren, und sich gegen die in dieser Region agierenden Konkurrenten USA, Russland und den Iran zu behaupten.

Basis und Legitimation für das plötzlich erwachte Interesse und gezeigte Engagement der Türkei bildeten unter anderem die sprachliche, geschichtliche, kulturelle und ethnische Verbundenheit mit Völkern in den Neuen Unabhängigen Staaten. Der Großteil der dort lebenden Menschen spricht einen der zahlreichen Turkdialekte (Cuvas, Xalaj, Yakut, Süd-Sibirisch, Qipcaq, Uygur und Öguz, um nur deren wichtigste zu nennen).<sup>11</sup> Ähnlich wie mit der Sprache verhält es sich auch mit den Turkvölkern. Sie bilden die Mehrheit der Populationen in dieser Region. Sie alle verfügen über eine gemeinsame Geschichte und wurden über lange Zeitspannen, z.B. im Osmanischen Reich, zentral regiert. Nach dem Ende des Ostblocks, in dem der Nationalstolz ein halbes Jahrhundert lang der kommunistischen Klassengesellschaft untergeordnet wurde, scheint sich ein neues Nationalgefühl in den unabhängig gewordenen Staaten etabliert zu haben. Dieser neue Nationalismus war neben wirtschaftlichen, politischen, sozialen und umweltpolitischen Gesichtspunkten ein wichtiger Anreiz und vielfach ein exzellenter Vorwand für das beiderseitige Interesse an einer Zusammenarbeit. Die Rolle als Brücke zu der ökonomisch und sicherheitsstrategisch für Eu-

11 Golden, Peter B.: An Introduction to the History of the Turkic Peoples. Ethnogenesis and State-Formation in Medieval and Early Modern Eurasia and the Middle East, Wiesbaden 1992, S. 15.

ropa wichtigen Region im Osten hat die Türkei schlussendlich nur mit bescheidenen Erfolg eingenommen und durch die eigenen beschränkten Möglichkeiten nur bedingt auszuweiten und zu vertiefen gewusst. Dazu Udo Steinbach:

„Sehr rasch erwies sich, dass der Türkei angesichts des tiefen wirtschaftlichen Einbruchs Zentralasiens die Kapazitäten fehlten, signifikante Entwicklungsimpulse zu geben – ganz zu schweigen davon, dass die vollmundigen Absichtserklärungen, einen Beitrag zum Übergang zur Marktwirtschaft zu leisten, nicht mit Leben gefüllt werden konnten.“<sup>12</sup>

Die Türkei verfolgte ursprünglich acht Ziele:

*Erstens* die Übertragung des türkischen Staatskonzeptes auf die neuen Republiken, unter besonderer Berücksichtigung der demokratischen Prinzipien, des Säkularismus und der Westeinbindung;

*Zweitens* die Eindämmung des wirtschaftlichen, politischen und religiösen Einflusses des radikal-islamischen Iran;

*Drittens* die Sicherung von Förderrechten und Beteiligung an Pipelineprojekten, sowie möglichst großes Mitspracherecht bei der Auswahl neuer Routen; *Viertens* die Möglichkeit, kriegsentscheidenden Einfluss auf den Berg-Karabach-Konflikt zugunsten Aserbaidshans zu nehmen;

*Fünftens* die Förderung der kulturellen und künstlerischen Kooperation zwischen den Turkstaaten sowie Etablierung eines pantürkischen Zusammengehörigkeitsgefühls;

*Sechstens* Auf- und Ausbau von Handels- und Transportwegen, Bereitstellung von technischer und logistischer Unterstützung und Aufbau von Kommunikationssystemen;

*Siebtens* Eindämmung der russischen Hegemonialbestrebungen;

*Achtens*: Durchsetzung europäischer und amerikanischer Interessen im Energiesektor- und Sicherheitsbereich, natürlich sofern sie nicht mit eigenen Belangen konkurrierten.

12 Steinbach, Udo: Die Europäische Rolle der Türkei im Angelpunkt zwischen den Krisenregionen Balkan, Kaukasus, Mittlerer Osten und naher Osten, in: Österreichisches Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik, hg. v. Erich Reiter, Wien 1997, S. 345-349, hier S. 349.

Zunächst werden die das türkische Verhältnis zu den neuen unabhängigen Staaten bestimmenden Konflikte und Interessengegensätze kurz angeführt.

### *Der Faktor Iran*

Der Iran stellt in vielfacher Hinsicht ein Problem für die Türkei dar. Als Prototyp eines sehr stark islamisch geprägten Staates, der es in den letzten Jahrzehnten nicht versäumt hat, radikale Vorstellungen bezüglich staatlicher und gesellschaftlicher Ordnung über seine Grenzen hinaus in alle Welt zu exportieren, ist er mit seiner antidemokratischen und antiwestlichen Grundeinstellung ein entgegengesetzter Pol zum Selbstverständnis und Außenpolitik der Türkei.

Auch im Konflikt um Berg-Karabach kristallisierte sich die Feindschaft zwischen beiden Staaten offen heraus: Der Iran versuchte durch gezielte Beeinflussung einen Gottesstaat in Aserbaidshan zu errichten, und stellte die Türkei als „Verräter“ islamischer Interessen hin.<sup>13</sup> Schwer ins Gewicht fallen die äußerst gespannten Beziehungen zu den USA, welche naturgemäß gute Kontakte zur Türkei pflegen und mit deren Hilfe gegenüber dem Iran eine „Politik des Containments“<sup>14</sup> in der Region betreiben. Die islamisch gefärbten Aktivitäten Teherans in der zentralasiatischen und kaukasischen Region waren und sind ebenso wenig erwünscht wie eine zunehmende wirtschaftliche Verflechtung: So hauchte der Iran der dahinsiechende Economic Cooperation Organisation (ECO) 1996 wieder neues Leben ein, an der neben Pakistan auch Turkmenistan und Kasachstan beteiligt sind. Daneben wurde 1996 eine Erdölbohrgesellschaft zusammen mit dem Aserbaidshan gegründet, und mit Russland vereinbarte man im Juni 1998 den Bau eines Kanals vom Kaspischen Meer bis zum Persischen Golf.<sup>15</sup>

13 Manutscharjan, Aschot: Der Kaukasus in den internationalen Beziehungen (1991-1994), in: Die Außenpolitik der neuen Republiken im östlichen Europa. Rußland und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion in Europa, hg. v. Karl Kaiser, Bonn 1994, S. 157-214, hier S. 211.

14 Steinbach, Die europäische Rolle der Türkei im Angelpunkt zwischen den Krisenregionen Balkan, Kaukasus, Mittlerer Osten und Naher Osten (wie Anm. 11), S. 350.

15 Kreikemeyer, Anna: Konflikt und Kooperation in der Kaspischen Region: Russische Interessenslagen (Aus Politik und Zeitgeschichte 43-44), Bonn 1998, S. 43-44, hier S. 23.

Das Eisenbahnnetz zu seinen nördlichen Nachbarn wurde saniert und erweitert (Bahnlinie von Maskhad im Iran nach Tedschen in Turkmenistan), neue Pipelines sind in Planung (Teilnahme am Erdgaspipelineprojekt von Turkmenistan in die Türkei sowie die Erschließung neuer Erdölfelder im Kaspischen Meer).<sup>16</sup> All dies sind Schritte, die für die türkische Regierung Anlass zur Sorge geben. Sie drohen türkische und amerikanische Interessen, speziell in der Energiepolitik, zu unterminieren.

### *Faktor Islam*

Die türkische Republik versteht sich seit ihrer Gründung durch Kemal Atatürk als westlich orientierter, moderner, demokratischer und in Verlängerung dieser Grundsätze auch als laizistischer Staat. Religion nimmt nicht jenen Rang in der Gesellschaft ein, den sie in anderen muslimischen Staaten besitzt. Es herrscht eine institutionell verankerte, durch das Militär garantierte Trennung zwischen Religion und Politik. Bis zum Zusammenbruch der UdSSR herrschte in den neuen unabhängigen Staaten eine atheis-tische Elite. Religiöse Betätigung in der Öffentlichkeit, Ausübung religiös-sozialer und religiös-kultureller, ethnischer Gebräuche und Gewohnheiten war nur bis zu einem sehr niedriger gehaltenen Limit erlaubt.<sup>17</sup> Mit der bereits unter Gorbatschow erfolgten Liberalisierung der Konfessionsausübung kam es zu einem Wiederaufleben des Religiösen in den muslimischen Gesellschaften der neuen Republiken.<sup>18</sup> Der Islam wurde nicht selten politisch instrumentalisiert: Er diente der Heranbildung eines neuen Nationalismus, er übernahm zusätzlich die Rolle eines trennenden Elementes vom christlichen Russland. Gefördert wurde und wird diese Entwicklung von ausländischen Staaten, insbesondere arabischen. Moderates Beispiel ist Turkmenistan, dessen Islamisierung von Staat und Gesellschaft dadurch gefördert wird, „dass die Außenpolitik der Regierung vorzugsweise auf moslemische

16 Müller, Friedemann: Ökologische und politische Kooperation im Kaspischen Raum (Aus Politik und Zeitgeschichte 43-44), Bonn 1998, S. 26-36, hier S. 34.

17 Halbach, Uwe: Islam, Nation und politische Öffentlichkeit in den zentralasiatischen (Unions)-Republiken (Bericht des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien 57), Köln 1991, S. 15.

18 Tafazoli, Hossein: Die Rolle der regionalen Großmächte in Zentralasien, phil. Diss., Innsbruck 1992, S. 76.

Staaten, insbesondere den Iran, ausgerichtet ist.”<sup>19</sup> Die Türkei sah diesem Szenario im letzten Jahrzehnt mit Argwohn und einer gewissen Portion Angst entgegen, wäre doch eine Ausbreitung des Islamismus nicht nur außenpolitisch gefährlich. Die türkische islamistische Opposition würde durchaus auch neuen Auftrieb bekommen.<sup>20</sup>

### *Faktor Erdöl*

Die Energieversorgung ist zentraler Bestandteil einer jeden Ökonomie. Die fossilen Brennstoffe nehmen derzeit immer noch den größten Anteil unter den möglichen Energiequellen ein, auch in der Europäischen Union. Sie werden es auch in Zukunft sein. Sichere Transportrouten und ein freundschaftliches Verhältnis zu Erdöl fördernden Staaten sind ebenso bedeutsam, wie die Möglichkeit, sich im Krisenfall für einen anderen Lieferanten entscheiden zu können. Die „Trilaterale Kommission“, ein Gremium aus politischen Vertretern der wichtigsten Erdöl verbrauchenden Länder Europas, Nordamerikas und Japans, definiert drei Gesichtspunkte der Energiesicherheit folgendermaßen: *Erstens* muss eine Unterbrechung der Erdöllieferungen verhindert werden, d.h. die Transportrouten müssen durch einigermaßen politisch stabiles, aber auch durch Umwelteinwirkungen (z.B. Erdbeben) wenig belastetes Gebiet verlaufen.

*Zweitens* muss bei steigendem Bedarf die gebrauchte Menge zu günstigen und akzeptablen Preisen vorhanden sein. *Drittens* sind umweltpolitische Auflagen zu erfüllen, um nachhaltige Schädigungen und Gefahren für Mensch und Umwelt ausschließen zu können.<sup>21</sup>

Laut einer Schätzung aus dem Jahre 1988 verfügen die OPEC-Staaten über rund drei Viertel der nachgewiesenen Weltölreserven (121 Milliarden Tonnen). Die größten Reserven finden sich in Saudi Arabien, dem Irak, dem

19 Hofmann, Horst: Krisen und Konfliktfelder in der GUS (Akademie der Bundeswehr für Informationen und Kommunikation-Texte 4), Strausberg 1996, S. 38.

20 Vgl. Durugönül, Esmâ: Über die Reislamisierung in der Türkei als sozial-religiöse Bewegung (Europäische Hochschulschriften 22), Frankfurt am Main-Berlin-New York 1995, Mayer, Ann Elizabeth: Islam and Human Rights. Traditions and Politics, London 1995.

21 William, F. Martin/Imai, Rynkichi/Steeg, Helga: Energiesicherheit im globalen Kontext. Ein Bericht an die Trilaterale Kommission (Arbeitsberichte zur Internationalen Politik 97), Bonn 1997, S. 39.

Iran und Kuwait. Somit wird auch in Zukunft der europäische Energiebedarf größtenteils mit Erdöl- und Erdgas aus dieser Region gedeckt werden, eine unannehmbare und überaus risikoreiche Situation für Europa und die Türkei, da sie einerseits zu einer gefährlichen Abhängigkeit führt, andererseits die Region durch bereits existierende und potentielle Konflikte schwer belastet ist.

Ein Ausweg aus diesem Dilemma könnte in den Erdölreserven der Neuen Unabhängigen Staaten gefunden werden. Der Energiesektor besitzt auch zentralen Stellenwert in den Ökonomien Aserbaidschans, Kasachstans, Turkmenistans und Usbekistans. Die bereits gesicherten Erdölressourcen und die möglicherweise noch zu erwartenden Vorkommen rund um das Kaspische Meer sind verlockend: Aserbaidschan (gesichert 3,6 Milliarden Fass/möglich 27), Kasachstan (10/85), Turkmenistan (1,5/32), Usbekistan (0,2/1).<sup>22</sup> Russland verspricht sich 5 Mill. Fass, der Iran 12, bei jeweils gesicherten Vorkommen von 0,2 bzw. 0.<sup>23</sup> Doch waren die Infrastrukturen zur Förderung und Verarbeitung in den 90er Jahren noch nicht vorhanden, bzw. die bestehenden veraltet und nicht mehr den modernen Anforderungen der Energiesektorwirtschaft entsprechend. Es wurde und wird deshalb immer noch fieberhaft mit ausländischen europäischen, russischen, US-amerikanischen und asiatischen (China, Indien, Pakistan) Großkonzernen und Regierungen um Förderrechte und Transportrouten verhandelt.

Zwei immer wieder diskutierte Fragen sind seit den 90er Jahren und heute immer noch offen, da eine definitive Lösung nicht nur von großem politischem und wirtschaftlichem Interesse für alle in der Region involvierten Großmächte ist, sondern auch die Problematik der künftigen Einflusszonen berührt. Es handelt sich zum einen um den Konflikt betreffend den Rechtsstatus des Kaspischen Meeres, zum anderen um die Frage über den Verlauf neu zu bauender Pipelines. Im Fall der Kontroverse um das Kaspische Meer geht es insbesondere um die Aufteilung der Förderrechte an den umfangreichen Erdöl- und Erdgasreserven. Im Verlauf des Streites kristalli-

22 Tabelle 1, Schätzung der erschließbaren Öl-Ressourcen des Kaspischen Beckens (Milliarden Faß), in: Müller, Friedemann: Ökonomische und politische Kooperation im Kaspischen Raum (Aus Politik und Zeitgeschichte 43-44/98), Bonn 1998, S. 26-36, hier S. 29-30.

sierten sich bereits sehr früh zwei Fraktionen heraus, die „Meer-“ und die „See-Fraktion“: Die Vertreter der „Meer-Fraktion“ versuchen dem Kaspischen Meer den Status eines Binnenmeeres zu geben, inklusive einer 12-Meilen-Zone, jene der „SeeFraktion“ bevorzugen eine Aufteilung nach Zonen. Russland, der Iran und Turkmenistan favorisieren die erste Variante, wodurch ihnen der Zugriff auf größere Erdölfelder ermöglicht würde, die restlichen Anrainerstaaten (Kasachstan und Aserbaidschan) das zweite Konzept.<sup>24</sup> Auch der bisher zwischen Russland und Kasachstan ausgehandelte Vertrag zur Normung des Grenzverlaufs und des Festlandssockels konnte nicht zu einer definitiven Lösung des Problems beitragen.<sup>25</sup>

Von herausragender Bedeutung aber ist für die Türkei wie auch die EU die Frage der künftigen Pipelinerouten: Eine Pipeline, welche kaukasisches und zentralasiatisches Erdöl über türkisches Territorium zu den westlichen Märkten transportiert, würde die Stellung der Türkei und jene der Union deutlich stärken. Folgende Varianten stehen zur Auswahl: Die Verbesserung und der Ausbau der bereits bestehenden russischen Transportleitungen nach Mitteleuropa und zum russischen Schwarzmeerhafen Noworossisk, die Verwendung und/oder der Bau von Pipelines über Georgien (über Armenien und Aserbaidschan) zum Schwarzmeerhafen Batumi, Tauschgeschäfte mit der Russischen Föderation, dem Irak und dem Iran unter Nutzung der Eisenbahnstrecken und dem Seeweg,<sup>26</sup> schlussendlich der Bau einer neuen Pipeline über das Territorium des NATO-Partners und EU-Beitrittsanwärters Türkei. Letztlich ist nur eine Pipeline über türkisches Territorium eine langfristig akzeptable Lösung, schließt sie doch mehrere Unsicherheitsfaktoren aus: Sie durchquert im Vergleich zu anderen Routenvarianten über größte Streckenteile politisch und militärisch sicheres Gebiet. Sabotageaktionen durch die PKK sind in Zukunft eher unwahr-

23 Ebenda.

24 Gumpel, Werner: An der Nahtstelle von Europa und Asien. Die Mittlerrolle der türkischen Regionalmacht (Internationale Politik 1), Bonn 1998, S. 17-22, hier S. 20.

25 Wilfried A. Hermann, Das Kaspische Meer-Krisenregion der Zukunft? Entnommen [www.gfw\\_sicherheitspolitik.de/ES99\\_11HermannKaspischesMeer.htm](http://www.gfw_sicherheitspolitik.de/ES99_11HermannKaspischesMeer.htm) .

scheinlich, Erdbeben gefährdete Gebiete werden großteils umgangen, die Transportkosten ließen sich wegen des kürzeren Verlaufs gering halten. Eine solche Variante ist die unterdessen beschlossene Ceyhan-Route, vom georgischen Baku aus, über georgisches und aserbajdschanisches Gebiet zum südtürkischen Mittelmeerhafen Ceyhan.<sup>27</sup> Ihre Verwirklichung wurde am 18. November 1999 in einem Abkommen zwischen der Türkei, Georgien und Aserbaidschan am Rande eines OSZE-Gipfels besiegelt. Eine abgeänderte Variante ist jene, in der die Pipeline stückweise auch über iranisches Gebiet verläuft. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine solche gebaut wird, ist aber sehr gering, zumal eine Auflockerung der internationalen Isolation des Irans, insbesondere nach den Ereignissen des 11. September, nicht im Interesse des Westens liegt.

Von größerer Bedeutung sind jedoch Projekte der Europäischen Union, welche auch in Zusammenarbeit mit der Türkei entworfen und verwirklicht werden. Das TACIS-Programm ist das wichtigste und umfangreichste Förderungsprogramm der Europäischen Union mittels welchem der Versuch unternommen wird, intensivere partnerschaftliche Beziehungen zu Staaten im GUS-Bereich aufzunehmen. Voraussetzung für den Abschluss eines Kooperationsabkommens sind Achtung und Einhaltung der demokratischen Grundsätze und der Menschenrechte. Bei Verstoß gegen diese Maximen können Programme gänzlich unterbrochen oder zeitweilig ausgesetzt werden. Die Laufzeit beträgt zehn Jahre, kann aber nach gründlicher Beurteilung verlängert werden, außerdem sind regelmäßige Treffen auf ministerieller, parlamentarischer oder auf der Ebene der leitenden politischen Verantwortlichen geplant.<sup>28</sup>

Die beiden größten Projekte im Rahmen von TACIS sind das TRACEA- und das INOGATE-Projekt. INOGATE soll den Transport und die Liefe-

26 Suntek-Riemer, Andrea K.: Die Türkei an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Die Schöne oder der kranke Mann am Bosphorus? (Europäische Hochschulschriften XXXI), Frankfurt am Main-Berlin-Bern-New York-Paris-Wien 1998, S. 175.

27 Ölfieber und prekäre Wirtschaftslage, in: *Le monde diplomatique* – deutsche Ausgabe, Nr. 10/6. Jg., Oktober 2000.

28 Entnommen dem Internetserver der Europäischen Union: [europa.eu.int/comm/external\\_relations/tacis/intro/tacis\\_2.pdf](http://europa.eu.int/comm/external_relations/tacis/intro/tacis_2.pdf), S. 2.

nung von Erdöl- und Erdgas nach Europa sichern und ausbauen. Auch hier wird Unabhängigkeit von Russland und dem Iran angestrebt.

### *Faktor Russland*

Seit 1993 ist die Türkei verstärkt mit Russland in Konflikt geraten. Moskau ist seit zweihundert Jahren dominierender Faktor in der kaukasischen und zentralasiatischen Region. Die ununterbrochene Präsenz geht soweit, dass sie sogar die russische Öffentlichkeit glauben lässt, diese Gebiete seien ein Teil Russlands.<sup>29</sup> Stets lagen genannte Staaten im direkten Einflussbereich der russischen Machthaber, sei es aus ökonomischen, aus energiewirtschaftlichen oder sicherheits- und militärstrategischen Interessen. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR 1991 stagnierte der Einfluss der einstigen Weltmacht. Erst das Jahr 1992 kann als außenpolitischer Wendepunkt gewertet werden. Seit diesem Zeitpunkt wurde eine rein „interessensorientierte russische Außen- und Verteidigungspolitik ohne ideologische Begründung“<sup>30</sup> betrieben. Moskau sorgte sich um seine Einflussphären und versuchte, diese zu erhalten. Zuvor gab es im Spektrum russischer Außenpolitik verschiedene konkurrierende Strömungen, die sie unkoordiniert erschienen ließ.<sup>31</sup> Kennzeichnend war für die nächsten Jahre ein postimperialistischer Ansatz, den Russland im Rahmen der neu etablierten Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) geltend machte. Die Art und Weise, wie die russische Regierung vorging, ließ zwei Methoden erkennen: Den Weg der „Reintegration“ und jenen der „Neuintegration“.<sup>32</sup> Die reintegration-

29 Kaiser, Karl/Schwarz, Hans Peter: Die Außenpolitik der neuen Republiken im östlichen Europa. Rußland und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion in Europa, Bonn 1994, S. 206.

30 Ebenda, S. 206.

31 Schmedt, Claudia: Russische Außenpolitik unter Jelzin. Internationale und innerstaatliche Einflussfaktoren außenpolitischen Wandels, Frankfurt am Main-Berlin-Bern-New York-Paris-Wien 1997, S. 6-8. Claudia Schmedt unterscheidet die „Westler“ von den „moderaten Liberalen“, den „Pragmatikern“ und den „Nationalisten“.

Sagorskij, Andrej W.: „Reintegration“ oder „Geostrategischer Pluralismus“? Die GUS im Spannungsfeld zwischen Rußland und dem Westen, in: Rußland und der Westen. Von der „strategischen Partnerschaft“ zur „Strategie der Partnerschaft“, hg. v. Hans-Joachim Spanger (Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung 29), Frankfurt am Main-New York 1998, S. 213-222, hier S. 215.

ven Tendenzen waren zahlreich, geleitet wurden sie von neuen wie alten Grundsätzen der russischen Außenpolitik: Die Herrschaft in den GUS-Regionen durfte keiner anderen Macht abgetreten werden, die GUS sollte unter russischer Vorherrschaft als die Organisation für Ordnung und Frieden in den Einflusszonen gelten, in allen GUS-Staaten wollte Russland militärisch präsent sein, die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Abhängigkeit der GUS-Staaten von Russland sollte verstärkt werden.<sup>33</sup> Das Konzept der „Neuintegration“, es implizierte den langfristig besten Lösungsansatz, wurde bisher aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung in den GUS-Staaten vernachlässigt. Es fußt auf einer Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und diesen Staaten.<sup>34</sup> Zahlreiche Verträge auf wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Ebene wurden in den 90er Jahren zwischen Russland und den GUS-Staaten abgeschlossen, mit dem Ziel, letztgenannte enger an Russland zu binden, und eine Annäherung an den Westen zu verhindern.

Die Türkei entwickelte sich, nicht zuletzt durch ihr Eintreten für US-amerikanische Interessen, zum gefährlichen Kontrahenten Russlands. Gleich mehrere schwerwiegende Interessenskonflikte können angeführt werden: Ankaras Engagement zugunsten Aserbaidschans im Nagorni-Karabach-Konflikt sowie die erfolgreiche Intervention gegen die russischen Militärhilfen an Zypern 1988.<sup>35</sup> Die russische Haltung im Zypernkonflikt kann als klar antitürkisch bewertet werden. Sie zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des Zypernkonflikts, beginnend mit dem Ende der Okkupationsmacht Großbritannien. Schon Makarios III. pflegte enge Kontakte zu Moskau, was ihm nicht nur das Misstrauen Ankaras, sondern auch das der USA einbrachte.<sup>36</sup> Die gescheiterte Stationierung von russischen S-300 Luftabwehrraketen auf dem griechisch-zyprischen Teil der

33 Ebenda., S. 216.

34 Ebenda., S. 220-221.

35 Kreikemayer, Anna: Konflikt und Kooperation in der Kaspischen Region: Russische Interessenlagen (Aus Politik und Zeitgeschichte 43-44), Bonn 1998, S. 13-25, hier S. 15.

36 Vgl. : Fraser, Cameron: Cyprus and the EU. The next steps, in: Looking into the future of Cyprus-EU-relations, hg. v. Susanna Baier-Allen (Centrum of European Integration Studies 5), Baden-Baden 1999, S. 11-24.

Insel hatte die bereits angespannten Beziehungen zur Türkei stark belastet. So erklärte der türkische Außenamtssprecher Ömer Akbel, sein Land sei entschlossen,

„alle notwendigen Maßnahmen angesichts der Überbewaffnung der griechischen Zyprioten' zu treffen. [...] In Moskau erklärte der Sprecher des russischen Ministeriums für Rüstungsindustrie, Gennadi Chromow, für jedermann sei klar, dass die Raketenkomplexe für Zypern, keine Offensivwaffen sind und weder für die Türkei noch für irgendeinen anderen Staat der Region eine Gefahr sein können'."<sup>37</sup>

Ein weiterer Konfliktpunkt bestand im NATO-Engagement in dieser Region. Die Türkei als Mitglied in der atlantischen Allianz stellt nicht nur noch immer die Südostflanke der NATO-Streitkräfte dar, sie fungiert auch als mögliche Brücke zu einer verstärkten Kooperation mit den neuen unabhängigen Staaten. Hier ist das auf dem 1994 in Brüssel stattgefundenen NATO-Gipfeltreffen verabschiedete PfP-Programm zu nennen. Dessen Ziele sind eine transparente Verteidigungsplanung, die Zusammenarbeit unter UNO-Mandat, die Möglichkeit der Streitkräfteüberwachung durch demokratische Institutionen, lockere militärische Beziehungen, aber keine Kooperation mit NATO-Einheiten sowie Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften.<sup>38</sup> Um hier nicht den Anschluss zu verlieren und zumindest in geringem Maße am Entscheidungsprozeß beteiligt zu sein, nahm auch Russland, wenn auch verspätet, am PfP-Programm teil. Auch das EAPR-Programm sei der Vollständigkeit halber angeführt.

Ein NATO-Beitritt Moskaus wird wohl mittelfristig nicht erfolgen, da sich die NATO der russischen Reaktionen bewusst ist: Russland wäre zutiefst erschüttert. Die zu Beginn der 90er Jahre stillschweigende getroffene Abmachung, keine NATO-Erweiterung nach der Wiedervereinigung Deutsch-

37 Konflikt um Zypern-Waffen, in: Die Presse, 10.1.1997, entnommen dem Presse-Online-Archiv [www.diepresse.at](http://www.diepresse.at).

38 „Die Erklärung der Staats- und Regierungschefs vom 11. Januar 1994“, abgedruckt in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 3 vom 17. Januar 1994, zitiert in: Sprungala, Tanja: Die Zusammenarbeit zwischen der NATO und den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten seit 1990 (Aus Politik und Zeitgeschichte 11), Bonn 1999, S. 39-45, hier S. 41.

lands durchzuführen, wurde ja bereits gebrochen.<sup>39</sup> Gültige Abrüstungsverträge, z.B. jene der KSZE wie der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa, würden ihre Gültigkeit verlieren, und neue Aufrüstungsspiralen initiiert.<sup>40</sup> Das verstärkte Interesse der NATO an einer engeren Kooperation mit der Ukraine weckte ebenfalls das russische Misstrauen. Moskau wünscht nicht, dass die Ukraine seinem Einfluss entgleitet, verlaufen durch das ukrainische Territorium doch wichtige Transitwege und Pipelines, und stellt die Ukraine aus militärischer Sicht die wichtigste Landverbindung zu Europa dar. Russland würde eine ukrainische NATO-Mitgliedschaft nie akzeptieren. Die Ukraine als NATO-Mitgliedsland würde eine Frontlinie von Osteuropa bis zur Türkei über diese bis an die Grenzen des zentralasiatischen Raumes ziehen. Vorsichtige Sondierungsschritte der NATO, so jene des ehemaligen NATO-Generalsekretärs Javier Solana, der eine zukünftige NATO-Mitgliedschaft nur andeutete, wurden von russischer Seite brüsk abgelehnt.<sup>41</sup> Trotzdem rückten NATO und Ukraine näher: Die "Charter on Distinctive Partnership between the North Atlantic Treaty Organisation and Ukraine" hält fest:

"[...], I. Building an Enhanced NATO-Ukraine Relationship, [...] , convinced that an independent, democratic and stable Ukraine is one of the key factors for ensuring stability in Central and Eastern Europe, and the continent as a whole;"<sup>42</sup>

Ausgehend von der "Distinctive Partnership" im Jahr 1997 wurde das Verhältnis ausgebaut. Koordiniert wird die Zusammenarbeit von der "NATO-

39 Koval, Igor/Semenov, Valentin: Rußland und die NATO. Thesen des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik der Russischen Föderation, in: Ostmitteleuropa. Rußland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit, hg. v. August Pradetto, Opladen 1997, S. 161-178, hier S. 168.

40 Reiter, Erich: Zur NATO-Osterweiterung (Informationen zur Sicherheitspolitik 19), Wien 1999, S. 1-16, hier S. 12.

41 Hück, Walter: Rußland auf den Weg nach Asien? Das europäische NATO-Experiment, Landsberg am Lech 1997, S. 27.

42 "Charter of a Distinctive Partnership between the North Atlantic Treaty Organisation and Ukraine" vom 9.7.1997, entnommen der Homepage der NATO [www.nato.int/docu/basicxt/ukrchrt.htm](http://www.nato.int/docu/basicxt/ukrchrt.htm).

Ukraine Commission (NUC)”. Auch die WEU strebte in der zweiten Hälfte der 90er Jahre eine engere Kooperation mit der Ukraine an. Beispiele hierfür sind der beschlossene ”Action plan for Political Dialogue and Practical Cooperation between WEU and Ukraine” oder die ”Cooperation in the field of long-haul air transport”. Der Konflikt um ungehinderte Durchfahrtsrechte am Bosphorus führt ebenfalls zu ständigen Spannungen zwischen beiden Staaten. Blockadepolitik von türkischer Seite wurde im Jahre 1993 mittels eines Durchfahrtsverbots für Öltanker aktiv betrieben. Für Russland ist dies selbstverständlich inakzeptabel. Moskaus Politiker bestehen auf dem Recht ungehinderter Durchfahrt in Friedens- wie auch in Kriegszeiten.<sup>43</sup>

## **II. Die ”Black Sea Economic Cooperation” – Die Türkei und die Schwarzmeeranrainerstaaten**

Den Gedanken an die Gründung und Etablierung einer politischen und wirtschaftlichen internationalen Kooperation in der Schwarzmeerregion hielt zum ersten mal der ehemalige Botschafter der Türkei in den Vereinigten Staaten, Sükrü Elekdag, fest. Das Konzept wurde von dem Diplomaten im Jahre 1989 den zuständigen Stellen des türkischen Außenministeriums zur Begutachtung vorgelegt, und fand bereits ein Jahr später einen aktiven und begeisterten Förderer im Staatspräsidenten Turgut Özal.<sup>44</sup> Özal hatte sehr wohl mehrere Gründe, ein solches Projekt zu unterstützen. Der Hauptgrund dürfte wohl die Vorstellung einer Hegemonialmacht Türkei in dieser Region gewesen sein. Durch intensivere wirtschaftliche und politische Kooperation sollte die Türkei zu einem „primus inter pares“ avancieren. Die Sowjetunion begann sich aufzulösen, es war ein einmaliger Zeitpunkt, die Initiative zu übernehmen: Friedenssicherung und neue Formen der Koope-

43 Richter, Hans A.: Friede in der Ägäis? Zypern-Ägäis-Minderheiten, Köln 1988, S. 48.

44 Zentrum für Türkeistudien (Hg): Die Schwarzmeer-Wirtschaftsregion (SMWR). Darstellung, Entwicklung, Perspektiven sowie Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der EU (Studien und Arbeiten des Zentrums für Türkeistudien 14), Opladen 1996, S. 13.

ration waren in dieser Zeit des Umbruchs wichtiger denn je,<sup>45</sup> die Türkei bot sich den ehemaligen Ostblockstaaten als Stabilitätsfaktor und Brückenkopf zu Europa an. So wurde bereits 1990 damit begonnen, die Schwarzmeer-Anrainerstaaten zu kontaktieren. Es folgte eine Reihe von Expertentreffen. An diesen Treffen nahmen neben der Türkei auch diplomatische Vertreter der UdSSR, Bulgariens und Rumäniens teil. Auf der letzten Sitzung in Moskau einigte man sich auf ein Abschlussdokument, welches am 3. Februar 1992 in Istanbul paragrafisiert wurde. Zu diesem Zeitpunkt erhöhte sich die Anzahl von ursprünglich vier teilnehmenden Staaten (Türkei, UdSSR, Bulgarien und Rumänien) auf elf: Armenien, Albanien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Russland und die Ukraine.<sup>46</sup> Alle teilnehmenden Staaten unterzeichneten die "Summit Declaration on Black Sea Economic Cooperation".<sup>47</sup> Aus dieser lässt sich unschwer entnehmen, dass die zukünftige Wirtschaftsregion zum europäischen Markt hin ausgerichtet sein soll. Ziel war es, die schlechte ökonomische Situation in der sich die Teilnehmerstaaten befanden, mit Ausnahme Griechenlands und der Türkei, die eine einigermaßen stabile Ökonomie besaßen, zusammen durch wirtschaftliche und politische Kooperation in den europäischen Markt zu integrieren. Das Istanbuler Abkommen wurde am 25. Juni 1992 von den Staats- und Regierungschefs unterzeichnet. Am gleichen Tag erfolgte auch die Unterzeichnung der „Bosporus Deklaration“ in welcher unter anderem die der Kooperation zugrunde liegenden politischen Prinzipien vereinbart wurden: Die Vertragsparteien verpflichteten sich zur freien Marktwirtschaft, zur wirtschaftlichen Kooperation, Krisenprävention und Verständigung im Geiste von Freundschaft und guter Nachbarschaft gemäß den OSZE-Richtlinien zum Frieden und zur Rechtstaatlichkeit. Auch erklärten sie ih-

45 Toptas, Aysenur: The fundamentals of the European Community and the Black Sea Economic Cooperation: A renewed institutional architecture for the BSEC, phil. Diss, Ankara 1993, S. 80.

46 Entnommen der offiziellen Homepage der BSEC auf dem Server der türkischen Regierung: [www.bsec.gov.tr/bsecdisco.htm](http://www.bsec.gov.tr/bsecdisco.htm) am 13.12.01.

47 "Summit Declaration on Black Sea Economic Cooperation", in: Black Sea Economic Cooperation: handbook of documents, hg. v. Black Sea Economic Cooperation (Handbook of documents 2), Istanbul 1996, S. 3-4.

ren Willen, sich der Europäischen Union auf institutioneller Ebene annähern zu wollen.<sup>48</sup>

Es setzte im folgenden ein Institutionalisierungsprozess ein, in dessen Verlauf BSEC-Arbeitsräte tagten und Kooperationsräte, z.B. der Schwarzmeer-Wirtschafts-Kooperationsrat,<sup>49</sup> gegründet wurden. Es folgte eine Reihe von Außenministertreffen, in welchen die weitere Institutionalisierung beschlossen wurde: Ein ständiges Sekretariat in Istanbul, eine gemeinsame Handels- und Investitionsbank, ein Informationszentrum, eine parlamentarische Versammlung und eine Reihe von Kooperationsabkommen.<sup>50</sup> Viel wichtiger und entscheidender aber waren die Konferenzen der Staats- und Regierungschefs der Staaten in Bukarest am 30. Juni 1995, in Moskau am 25. Oktober 1996 (Moskauer Deklaration) und in Yalta am 5. Juni 1998: Hier wurde die BSEC, bisher „Kooperationsorganisation“, mit schwacher, wenig effektiv arbeitender Struktur, und nur sehr geringem praktischem Erfolg, in eine regionale Wirtschaftsorganisation umgewandelt. Yannis Valinakis beschreibt diesen wichtigen Schritt mit den Worten:

„[...] the participating states decided, at a summit in Yalta in Juni 1998, to transform the BSEC into a genuine regional organisation. With the signing of the Charter of Yalta the group acquired legal standing and a definite form as the BSEC Organisation. This gives the BSEC more possibilities for developing formal interaction with other international organizations such as the EU and the World Trade Organization.“<sup>51</sup>

Nach deren Ratifizierung durch die nationalen Parlamente erfolgte die offizielle Gründung am 1. Mai 1999. Nach acht Jahren der Vorbereitung, in der sich die BSEC strukturell und politisch zu organisieren begann, fand sie endlich ihre gewünschte Form. Die Voraussetzungen dafür wurden 1996 in der Moskauer Deklaration geschaffen. Sie gilt als Meilenstein in der Geschichte der BSEC. Süleyman Demirel, Präsident der türkischen Republik, sprach nach deren Verabschiedung im Jahre 1996:

48 Toptas, The fundamentals (wie Anm. 46), S. 86-87.

49 Zentrum für Türkei studien, Die Schwarzmeer-Wirtschaftsregion (wie Anm. 45), S. 14

50 Ebenda, S. 14-15.

51 Valinakis, Yannis: The Black Sea Region: Challenges and opportunities for Europe (Chaillot Paper 36), Paris 1999, S. 2.

”Their minds [der Teilnehmerstaaten, Anm. des A.] are set on a future where the freedom of movement of capital, goods and services between the communities of the ‚Black Sea‘ and the European Union will eventually prevail. Such dynamic regional economic cooperation schemes like the Black Sea Economic Cooperation will contribute to the European integration process. [...] The customs union of Turkey with the EU is a window of opportunity opening up European markets not only for Turkish producers, [...] , the Black Sea Economic Cooperation has a life of its own at the crossroads of Eurasia and its sphere of interest extends from Europe to Asia.”<sup>52</sup>

Die Ziele der BSEC, formuliert in der Moskauer Deklaration, waren hoch gesteckt.<sup>53</sup>

*a) Kooperation und Partnerschaft, Stabilität und ökonomischer Wohlstand:* Der Wille zur Kooperation zum Ausbau der Partnerschaft auf allen Ebenen wird bekräftigt. Sie dienen der Stärkung von Demokratie, der Erweiterung guter nachbarschaftlicher Beziehungen einschließlich Maßnahmen zur Förderung von Frieden und Stabilität (Nuklearbereich), der Intensivierung der ökonomischen Kooperation und der kulturellen und wissenschaftlichen Bindungen, mit dem Ziel, den Lebensstandard in der Region, basierend auf anhaltender ökonomischer Entwicklung sowie rationalem Management mit den Ressourcen der Umwelt und deren Schutz, zu erhöhen. Man fördert zusätzlich die Bemühungen einer verstärkten ökonomischen und politischen Integration mit der Europäischen Union sowie die Zusammenarbeit mit folgenden Organisationen: OSZE, Vereinte Nationen, Arabische Liga, ECO, dem „Rat der baltischen See“, der „Zentraleuropäischen Initiative“ und der „Euro-Mediterranen Initiative“.

*b) Verstärkung der institutionellen und juristischen Zusammenarbeit innerhalb der BSEC:* Ziel ist die verstärkte Zusammenarbeit auf gouvernementaler und interparlamentarischer Ebene, in Bereichen der Ökonomie, der Finanzen, der Wissenschaft und Öffentlichkeitsarbeit. Diese dient der Schaf-

52 Feststellung Demirels anlässlich der Unterzeichnung der Moskauer Deklaration vor den Staats- und Regierungschefs der BSEC-Mitgliedsstaaten in Moskau im Jahre 1996, in: O.A., Meeting of the heads of state or government of the participating states of the Black Sea Economic Cooperation and the eighth meeting of the ministers of foreign affairs of the BSEC participating states, Istanbul 1996, S. 99-100.

53 Die „Moskauer Deklaration“ vom 25.10.1996 in: O.A., Meeting of the head of state (wie Anm. 54), S. 1-5.

fung von Rahmenbedingungen, welche den Handel und die ökonomische Kooperation des Schwarzmeerraumes begünstigen. Die transnationale Zusammenarbeit der Exekutive soll um den Kampf gegen das organisierte Verbrechen, den Drogen- und Waffenhandel, den Terrorismus, den Schmuggel von radioaktivem Material, und die illegale Migration erweitert werden.

*c) Programs of action:* Hierin zählen der Bau von regionalen und überregionalen Fiberglaskommunikationskabel, die Entwicklung eines zusammenhängenden Energienetzwerkes, transnationale Projekte für den Transport von Energie, die Erarbeitung eines Transportinfrastrukturnetzes, welches in das europäische Netzwerk integriert werden soll.

d) Schrittweise Einführung von Zollbegünstigungen, rechtlichem Schutz und Förderungen von Investitionen, größerer Freizügigkeit von Personen, Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, sowie freierem Kapitalverkehr. Des weiteren Maßnahmen zur Standardisierung und Zertifizierung von Produkten, Kooperation im Tourismus, der Rohstoffgewinnung und -verarbeitung.<sup>54</sup>

Von türkischer Seite werden zusätzlich noch folgende Punkte erwähnt, die ihr offensichtlich wichtig erschienen: Es existierten in den ehemaligen Ostblockstaaten zahlreiche Rüstungskomplexe, welche mit Kapital und Know-how auf zivile Produktion umgerüstet werden sollten. Dem Sektor der pharmazeutischen Produktion wollte man besondere Beachtung schenken.<sup>55</sup>

Letzten Endes ist eine Freihandelszone das Ziel der BSEC.

Die Europäische Union indes beurteilte die Entwicklung der BSEC positiv. In einem EU-Bericht aus dem Jahre 1997 bemerkte sie:

„Die strategische Bedeutung der Schwarzmeerregion ergibt sich aus ihrer geographischen Lage, die sie zum Durchzugsgebiet zwischen Europa, dem Kaspischen Becken und Zentralasien macht [...]“<sup>56</sup>

54 Sen Faruk, *The Black Sea Economic Cooperation: a supplement to the European community* (ZfT aktuell 19), Essen o.J., S. 2.

55 Siehe dazu [www.bsec.gov.tr](http://www.bsec.gov.tr).

56 „EU-Bericht: durch die Erweiterung wird die Schwarzmeer-Region immer wichtiger für die EU“, Pressemitteilung, Dokument Nr. IP/97/1103 vom 11.12.1997, entnommen [www.europa.eu.int/comm](http://www.europa.eu.int/comm).

Ein Jahr später hieß es:

„Die Europäische Union würdigt und unterstützt die Arbeit der BSEC zur Förderung der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und damit zur Stärkung von Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in der Region. Die BSEC kann in mehreren Bereich einen positiven Beitrag zur Entwicklung der Region leisten, [...]. Die Europäische Union freut sich darauf, die bereits bestehende Zusammenarbeit auszubauen [...].“<sup>57</sup>

Seit 1994 bestehen Kooperationsabkommen zwischen der BSEC und der Europäischen Union, insbesondere auf dem Energie- und Transportsektor. Nach einer „Konferenz über die neuen Energierealitäten im Schwarzmeer“ im Mai 1994 in Griechenland<sup>58</sup> folgte wenig später die Gründung eines Forschungszentrums im Rahmen des EU-Programms „SYNERGIE“. Dieses sollte die Grundlage für die Zusammenarbeit im Energiebereich darstellen.<sup>59</sup> Die anerkennenden Worte, welche die BSEC-Mitglieder in den Mitteilungen und durch die Kontakte mit der Union erkennen wollten, führten dazu, dass ihrerseits eine noch stärkere Zusammenarbeit gefordert wurde. So wurde eine EURO-BSEC-Wirtschaftszone vorgeschlagen, bis 2010 wollte man eine EURO-BSEC-Freihandelszone errichten.<sup>60</sup> Bisher blieben diese Hoffnungen aber weitgehend unerfüllt, und dürften es wohl auch noch mittelfristig bleiben.

Auf die Struktur der BSEC sei an dieser Stelle nicht näher eingegangen. Sie gliedert sich ausgehend von den Zielsetzungen der Organisation, und wurde im Laufe der letzten Jahre je nach Bedarf erweitert bzw. umstrukturiert. Die wichtigsten Organe sind das „Council of the Ministers of Foreign Af-

57 „Erklärung des Vorsitizes – im Namen der Europäischen Union – zum Gipfeltreffen des Rates für Wirtschaftliche Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum (BSEC)“, Pressemitteilung, Dokument Nr. E/98/50 (PESC 98/50) vom 4.6.1998, entnommen [www.europa.eu.int/comm](http://www.europa.eu.int/comm).

58 „EU & Black Sea Region seek cooperation in Energy“, Pressemitteilung, Dokument Nr. IP/94/442 vom 27.5.1994, entnommen [www.europa.eu.int/comm](http://www.europa.eu.int/comm).

59 „European Commission and Black Sea countries agree to launch Black Sea Regional Energie Center“, Pressemitteilung, Dokument Nr. IP/94/916 vom 5.10.94, entnommen [www.europa.eu.int/comm](http://www.europa.eu.int/comm).

60 Tayfur, M. Fatih: The Turkish Vision of the Euro-Mediterranean Partnership and the Black Sea Economic Cooperation: Observations on Sub-Regional Cooperation, Ankara 2000, S. 8, entnommen der Homepage des „Turkish Foreign Policy Institute“ der Bilkent-University Ankara, [www.foreignpolicy.org.tr](http://www.foreignpolicy.org.tr) am 1.9.2000.

fairs", das "Permanent International Secretariat", das "Committee of Senior Officials", die "Parlamentarische Versammlung der BSEC", das "BSEC Business Council", die "Black Sea Trade and Development Bank-BSTDB", das "International Center for Black Sea Studies-ICBSS", das "BSEC Coordination Center for the exchange of statistical data and economic information", schlussendlich "Subsidiary Organs" bestehend aus verschiedenen Arbeitsgruppen sowie privatrechtlich organisierte Verbände.<sup>61</sup>

Die Interessen der einzelnen Mitgliedsstaaten an einer Kooperation innerhalb der BSEC sind unterschiedlich: Prinzipiell können jene politischen und wirtschaftlichen Ursprungs unterschieden werden, wobei letztere überwiegen dürften. Die Türkei und Griechenland bemühten sich im Rahmen der gegenseitigen Wirtschaftsabkommen Waren und Güter des Konsums auf den GUS-Märkten, und die Ostblockstaaten über den Umweg Griechenland und die Türkei, auf dem europäischen Markt zu verkaufen. Die ehemaligen Ostblockstaaten erhofften sich türkische und europäische Finanzhilfen in der sehr schwierigen und heiklen Übergangsphase von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft, und man lag nicht falsch in der Annahme, daß die Bündelung der wirtschaftlichen Ressourcen und Kräfte den entscheidenden Schritt zum Überschreiten der Schwelle hin zur Integration in den Weltmarkt sei. Auf der politischen Ebene betrachtet, bietet die Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation die Chance, sich auch politisch dem Westen zu nähern, d.h. Grundwerte wie Demokratie und Menschenrechte mit europäischer Hilfe in den Gesellschaften und staatlichen Strukturen zum Durchbruch zu helfen, und sich als staatliche Akteure auf internationalem und europäischen Parkett zu bewegen. Cigdem Akkaya, Arda Sürel, Ferah Zarif und Guray Öz zählen in ihrer Analyse „Die Schwarzmeer-Wirtschaftsregion (SMWR). Darstellungen, Entwicklung, Perspektiven sowie Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der EU“ drei wesentliche Interessensgruppen, die hier angeführt werden müssen:<sup>62</sup>

61 Weitere Informationen dazu siehe [www.bsec.gov.tr](http://www.bsec.gov.tr), [www.iewws.org](http://www.iewws.org), [www.bstadb.org](http://www.bstadb.org), [www.pabsec.org](http://www.pabsec.org),

62 Zentrum für Türkei studien, die Schwarzmeer-Wirtschaftsregion (wie Anm. 45), S. 20-24.

a) *Die Gruppe der „kleinen“ Teilnehmerländer:* Albanien, Aserbaidschan, Armenien, Georgien und Moldawien. Bei ihnen überwiegen politische Gründe, ist ihre Innen- und Außenpolitik doch gekennzeichnet durch latente und akute Konflikte. Russland ist nicht nur meist direkter Nachbarstaat dieser Länder, sondern bestimmt immer noch beträchtlich ihre Außenpolitik. Die BSEC mit ihren vorgesehenen Kommunikationskanälen und Konfliktpräventionsinstrumenten gibt ihnen die Möglichkeit, den russischen Druck zu mindern.<sup>63</sup>

b) *Die Gruppe der „mittleren“ Teilnehmerländer:* Bulgarien, Griechenland, Rumänien und die Ukraine. Ihre Interessen sind mit jenen der ersten Gruppe vergleichbar, auch wenn sie wegen ihrer größeren Durchsetzungskraft eine stärkere Position einnehmen können. Ihnen sind besonders die Kontrollmöglichkeiten der „Großen“ Russland und Türkei ein Anliegen. Griechenland war geradezu zu einer Teilnahme gedrängt worden. Wäre es nämlich der Türkei gelungen, diese 1992 gegründete Organisation, welche ihrer Initiative entsprang, zu einem erfolgreichen Unternehmen auszubauen, so wäre eine Nichtteilnahme für Griechenland zum Nachteil gewesen.<sup>64</sup>

c) *Die „großen“ Staaten Russland und Türkei:* Ihre Interessen sind verständlicherweise diametral entgegengesetzt. Russland unternimmt wie die Türkei den Versuch, die Politik der übrigen Mitgliedsstaaten zu beeinflussen. Russland verfolgt dabei eine Strategie der „Wiederherstellung“ der Macht, die Türkei versucht sich in einer „Eroberung von Einflusssphären“.<sup>65</sup>

Die durchgeführten Projekte sind zahlreich. Sie umfassen die Umsetzung einer Menge wirtschaftlicher Kooperationsabkommen, Forschungsprojekte, kulturellen Abkommen und juristischer Maßnahmen zur Verringerung von Bürokratismus und Handelshemmnissen.<sup>66</sup> Aus der Summe der Projekte und der ihr zugrunde liegenden Natur wird wiederholt ein Befund manifest: Dominiert wurde und wird die BSEC von wirtschaftlichen Interessen. Ein

63 Ebenda., S. 20-21.

64 Ebenda., S. 21-22.

65 Ebenda., S. 22-23.

66 Vgl. Özer, Ercan: Concept and Prospects of the Black Sea Economic Cooperation (The Quarterly of the Foreign Policy Institute XX/1-2), Ankara 1996, entnommen [www.foreignpolicy.org.tr](http://www.foreignpolicy.org.tr) .

weiterer Trend lässt sich auch klar erkennen: die Anzahl der tatsächlich erfolgreich realisierten Initiativen ist gering, nimmt aber im Verlauf der Jahre zu.

Die anfänglichen Hoffnungen auf eine Kooperation auf allen Ebenen (Transport, Tourismus, Schaffung von friedlichen und stabilen politischen Rahmenbedingungen) haben sich nicht erfüllt. Dafür gibt es mehrere Gründe: Zum einen war die wirtschaftliche Ausgangslage in den 90er Jahren sehr schlecht. Die ökonomischen Probleme der Nachfolgestaaten der Sowjetunion basierten auf den tiefgreifenden und sehr schnell erfolgten Umbrüchen in den politischen und wirtschaftlichen Systemen dieser Staaten. Es existierten keine stabilen Binnenmärkte und auch keine ausreichende Integration dieser mit dem europäischen Raum und dem Weltmarkt. Die Volkswirtschaften, welche bisher auf das engste miteinander verbunden waren, und jeweils nur einen prozentualen Teil der Sowjetwirtschaft ausmachten, waren noch zu stark auf diese ehemaligen Wirtschafts- und Handelsstrukturen ausgerichtet. Sie litten unter Rohstoff- und Energiemangel, hoher Arbeitslosigkeit, fehlenden Investitionen, Transportstrukturen und Kommunikationssystemen, konkurrenzfähigen Banksystemen, wirtschaftsfreundlichen Zoll- und Tarifbestimmungen etc.<sup>67</sup> Zwischen diesen Staaten und der Türkei bzw. Griechenland, war der Waren- und Dienstleistungsaustausch gering. Der türkische Export in die Schwarzmeer-Mitgliedsstaaten betrug im Jahr 1990 5,94% des gesamten türkischen Exportes, die Importe beliefen sich auf 7,23%.<sup>68</sup>

Zum anderen behinderten zahlreiche zwischen- und binnenstaatliche Konflikte eine Entfaltung auf der politischen Ebene. Gründe dafür waren Grenzstreitigkeiten, Minderheitenprobleme und in Funktion eines verstärkenden Elementes auch religiös motivierte Auseinandersetzungen.<sup>69</sup> Her-

67 Vgl. Gulnihal, Mahmutoglu: Trade creation and trade diversion in the Black Sea Economic Cooperation area: a gravity approach, phil. Diss., Ankara 1998.

68 Gumpel, Werner: Die Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation. Strukturen einer neuen Staatengemeinschaft (Europäische Rundschau 1), Wien 1993, S. 125-132, hier S. 132.

69 Boden, Martina: Nationalitäten, Minderheiten und ethnische Konflikte in Europa. Ursprünge, Entwicklungen, Krisenherde – Ein Handbuch, München 1993, S. 43. Vgl: Götz, Roland/Halbach, Uwe/Gohl, Dietmar: Die Republiken der ehemaligen

vorzuheben sind die türkisch-bulgarischen Differenzen am Ende der 80er und zu Beginn der frühen 90er Jahre aufgrund der diskriminierenden Behandlung der türkischen Minderheit.<sup>70</sup> Sie wurden auf zwischenstaatlicher Ebene beigelegt.

Nicht zuletzt dürften drei Problemfelder/zonen die Entwicklung der BSEC negativ beeinflusst haben:<sup>71</sup>

a) Auf internationaler Ebene wurde ihr nicht jene Aufmerksamkeit geschenkt, wie von den Mitgliedstaaten gewünscht. Es bleibt das Versagen der Bemühungen zu konstatieren, die BSEC in die politischen Prozesse europäischer und internationaler Politik entscheidend zu integrieren, bzw. sie zu einem bevorzugten Partner staatlicher Akteure oder Gemeinschaften zu etablieren. Nur in einem breiteren Umkreis wurde ihr Rechnung getragen. So wurde sie in den europäischen Stabilitätspakt miteinbezogen (Artikel 35).<sup>72</sup>

Sowjetunion, in: Die Gemeinschaft unabhängiger Staaten. Entstehung-Entwicklungs-Probleme, hg. v. Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1992, S. 219-143.

70 Vgl. Dimitrov, Rumen; Sicherheitspolitik und ethnische Konflikte aus bulgarischer Sicht, in: Minderheiten als Konfliktpotential in Ostmittel- und Südosteuropa, hg. v. Gerhard Seewann (Südosteuropa-Schriften 16), München 1995, S. 174-199, Hamza, Eroglu: The question of Turkish Minority in Bulgaria from the Perspective of International Law, in: The Turkish presence in Bulgaria, hg. v. The Turkish Historical Society (Publications of the Turkish historical society 7/87), Ankara 1996, S. 59-60; Höpken, Wolfgang: Zwischen Kulturkonflikt und Repression. Die türkische Minderheit in Bulgarien 1944-1991, in: Nationen, Nationalitäten, Minderheiten. Probleme des Nationalismus in Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, der Tschechoslowakei, Bulgarien, Polen, der Ukraine, Italien und Österreich 1945-1990, hg. v. Heuberger, Valeria/Kolar, Othmar/Suppan, Arnold/Vylsonzil, Elisabeth, Wien 1994, S. 179-202.

71 Valinakis, Yannis: The Black Sea Region: Challenges and opportunities for Europe (wie Anm. 55), ebenso geben folgende Autoren einen sehr guten Überblick über die BSEC und ihre Problematiken in den 90er Jahren: Nicolae, Micu: Black Sea Economic Co-operation (BSEC) as a confidence-building measure (Journal of international affairs I/4), Ankara 1997, Ercan, Özer: The Black Sea Economic Cooperation and regional security (Journal of international affairs II/3), Ankara 1997, derselbe: The Black Sea Economic Co-operation and the EU (Journal of international affairs I/3), Ankara 1996.

72 Stabilitätspakt, Kapitel VI "Regional Initiatives and Organisations", entnommen [www.europa.eu.int](http://www.europa.eu.int) am 12.10.1; "[...] Article 35. We note the role of the Organisa-

b) Eine Gefahr war und ist die Doppelmitgliedschaft einiger BSEC-Mitgliedsstaaten in anderen regionalen, vornehmlich europäisch orientierten Organisationen. Als Beispiel könnte die „Zentraleuropäische Initiative“ (ZEI) genannt werden. Die Doppelmitgliedschaft birgt für die einzelnen Staaten den Vorteil, dass ihnen mehrere Optionen offen stehen, sich politisch zu engagieren und die eigenen Interessen effektiv zu artikulieren. Andererseits bedeutet dies für die BSEC einen Rückschritt, sind doch die ZEI-Partner besser geeignet, die einzelnen Staaten an Europa heranzuführen. Das Interesse und die Anstrengungen am Projekt Schwarzmeer-Wirtschaftsregion könnten beträchtlich nachlassen, sollte erstere Perspektive vielversprechender sein.

c) Die anhaltende Problematik Integration versus Erweiterung ist schwer überwindbar: Hier handelt es sich um dasselbe Kernproblem, mit dem auch die Europäische Union und Beitrittswerber im Laufe ihrer Entwicklung der letzten Jahrzehnte immer wieder zu kämpfen hatten. Auch die Mitglieder der BSEC standen und stehen vor der Frage, ob die Erweiterung um neue Mitglieder sinnvoll ist. Folgende Staaten haben bereits einen Beobachterstatus inne: Seit 1996 Österreich, Ägypten, Israel, Polen, die Slowakei. Seit Beginn 2000 Tunesien, Italien, Deutschland, Frankreich und die "Energy Charter Conference". An dieser Stelle ist die Frage berechtigt, ob diese Aufnahmen sinnvoll sind. Wohl eher nicht, würde eine Erweiterung um einige der oben genannten Staaten doch *erstens* eine Umstrukturierung der Organisation, ihrer Entscheidungsgremien und inneren Struktur, *zweitens* eine Verlagerung bzw. Anpassung und Erweiterung der vereinbarten Ziele, womöglich auch der zugrunde liegenden Prinzipien bedeuten. Die Effizienz würde darunter leiden. Im Falle von Israel würde man unweigerlich in politische Konflikte verwickelt werden, was nicht von Interesse sein kann. Eine Aufnahme von EU-Mitgliedsstaaten hingegen dürfte sich positiv auswirken, d.h. sich wahrscheinlich in Finanzhilfen, Kooperationsabkommen und

tion of the Black Sea Economic Cooperation in promoting mutual understanding, improving the overall political climate and fostering economic development in the Black Sea region.”.

stärkerer Einbindung in politische Prozesse auf dem Kontinent äußern, vorausgesetzt es besteht ein Beitrittswunsch. Dieser kann bei den EU-Mitgliedsstaaten aufgrund der aktuellen EU-internen Reformprozesse und der anstehenden EU-Osterweiterung nicht vernommen werden.

### **III. Die türkisch-europäischen Beziehungen – ein Resümee**

Das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und der Türkei war seit dem Zweiten Weltkrieg größtenteils von sicherheitsstrategischen Interessen bestimmt.<sup>73</sup> Insgesamt gesehen war es durch Pragmatismus gekennzeichnet: Es war nicht eine Freundschaft, die die Beziehungen prägte, sondern kühl kalkulierte Interessenspolitik. Die 1963 beginnende Assoziation mit der EWG kann bis zum Inkrafttreten der Zollunion 1995 eher als ernüchternd für die euphorischen Kräfte in der Türkei bezeichnet werden. Sie brachte zwar für beide Seiten Gewinne und Vorteile, mehr aber für die Gemeinschaft(Union) als für die Türkei, welche in bestimmten Zeitspannen sogar unter den ökonomischen Auswirkungen des Abkommens litt. Jedoch sahen sich beide Seiten aus steigenden wirtschaftlichen wie auch politischen und sicherheitsstrategischen Zwängen zu einer Kooperation verpflichtet. Es war vor allem die Ungleichheit der Partner, in der die Probleme ihren Ursprung hatten: Die Türkei war bis in die frühen 90er Jahre ein Staat mit einem beträchtlichen demokratiepolitischen Defizit, ständig bedroht und beeinflusst durch das übermächtige Militär, gekennzeichnet

73 William, Hale: Turkish foreign policy, 1774-2000, London 2000, Bernard, Lewis: The Emergence of modern Turkey, Oxford 20013, Cigdem, Akkaya: Die EU-Türkei-Beziehungen sowie die Rolle der Türkei als besonderer Faktor für die Außenbeziehungen der EU zu Zentralasien und zum Nahen Osten, in: Die Mittelmeerpolitik der EU, hg. v. Wulfdiether Zippel (Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. 44), Baden-Baden 1999, S. 115-133, Mahmut, Bozkurt: Die Beziehungen der Türkei zur Europäischen Union (Europäische Hochschulschriften 3), Frankfurt am Main-Berlin-Bern-New York-Paris-Wien 1995, Matthes, Buhbe: Türkei. Politik und Zeitgeschichte (Studien zu Politik und Gesellschaft des vorderen Orients 2), Bonn 1996, Heinz, Kramer: Die Europäische Gemeinschaft und die Türkei. Entwicklungen, Probleme und Perspektiven einer schwierigen Partnerschaft (Internationale Politik und Sicherheit 21), Baden-Baden 1988, Udo, Steinbach: Die Türkei im 20. Jahrhundert. Schwieriger Partner Europas, Bergisch Gladbach 1996.

durch politische Instabilität<sup>74</sup> und ökonomische Schwäche. Elementarste, in Europa selbstverständliche Grund- und Menschenrechte wurden den Bürgern in der Türkei verweigert, Minderheiten werden bis zum heutigen Tag nicht anerkannt und benachteiligt. Hinzu kamen eine wenig erfreuliche wirtschaftliche Lage und eine sehr konfliktgeladene, in Teilen unkluge Außenpolitik: Die ungelöste Zypernfrage,<sup>75</sup> die latente Ägäisproblematik, der bisher geschichtlich nicht zur Kenntnis genommene und politisch aufgearbeitete Genozid am armenischen Volk,<sup>76</sup> das Kooperationsabkommen mit Israel,<sup>77</sup> die Rivalitäten mit Russland, Konfrontationen mit Nachbarstaaten wie Syrien (Wasserproblematik – Südostanatolienprojekt) und dem Irak (Golfkrieg-Kurdenfrage-Erdöl), Differenzen in der Euro-Mediterranen Kooperation (MEDA).<sup>78</sup> Die genannten Punkte beeinträchtigten die Beziehun-

74 Vgl. Ergun, Özbudun: Die Parteien und das Parteiensystem in der Türkei (Kas/Auslandsinformationen 5/02), Bonn 2002, S. 46-62.

75 Reuter, Jürgen: Athens Türkeipolitik im Wandel. Griechisch-türkische Beziehungen vor und nach dem EU-Gipfel von Helsinki (Südosteuropa-Mitteilungen 2000 1), München 2000, S. 4-18; Grothusen Klaus-Detlev/Steffani, W./Zervakis, Peter (Hg.): Zypern (Südosteuropa-Handbuch VIII), Göttingen 1998; Tzermias, Pavlos: Geschichte der Republik Zypern. Mit Berücksichtigung der historischen Entwicklung der Insel während der Jahrtausende, Tübingen 1993, Kurop, Marcia Christoff: Greece and Turkey. Can they mend fences? (Foreign Affairs 77/1), New York 1998, S. 7-12, Axt, Heinz Jürgen: Zankapfel im Mittelmeer. Zypern vor dem EU-Beitritt (Internationale Politik 1), Bonn 1998, S. 23-28, Piller, Ulli: Zypern, die ungelöste Krise (Politische Studien 5), Pfaffenweiler 1997.

76 Vgl: Malek, Martin: Aktuelle Rahmenbedingungen der Sicherheitspolitik Armeniens (Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik 1), Wien 2000, S. 63-92, Akcam, Taner: Armenien und der Völkermord. Die Istanbul Prozesse und die türkische Nationalbewegung, Hamburg 1996, Hofmann, Tessa: Annäherung an Armenien. Geschichte und Gegenwart, München 1997, Ohandjanian, Artem: Armenien. Der verschwiegene Völkermord, Köln-Graz-Wien 1989.

77 Vgl: Johannsen, Margret: Neue Allianzen in Nah- und Mittelost (Blätter für deutsche und internationale Politik 6), Bonn 1998, S. 670-674, Kramer, Heinz: Europäische Interessen in den Beziehungen zur Türkei (Informationen zur Sicherheitspolitik 5), Wien 1998, S. 33-51.

78 Das Engagement der Türkei in der Mittelmeer-Initiative ist eher gering, da einerseits türkische Interessen nur im östlichen Mittelmeer (Zypern-, Ägäis-, Nahostproblematik) liegen, andererseits dieser EU-dominierte Prozess nicht über die Potentiale verfügt, diese Konflikte zu lösen. Interessant sind aber die europäischen Finanzhilfen: In den Jahren 1995 bis 1999 verpflichtete sich die Europäische Union zur Zahlung von 375 Millionen ECU, sie waren Teil der europäischen Heranführungsstrategie (vgl. „Das Meda-Projekt“, unter [www.europa.eu.int/](http://www.europa.eu.int/)

gen zur Europäischen Union mehr oder weniger stark, ja sie übten einen negativen Einfluss auf das euro-türkische Verhältnis aus.

Mit dem Jahre 1989 begann für die türkisch-europäischen Beziehungen ein Jahrzehnt größtenteils negativer Entwicklungen. Trotz eines beschleunigten Wachstums der türkischen Wirtschaft und einer Ausweitung der Handelsbeziehungen mit der Union, eines generellen positiven Trends in der menschlichen und politischen Dimension und schlussendlich einer ganzen Reihe von institutionellen Reformen, war die Türkei für eine Aufnahme in die Union nicht reif. Mit dem Wandel von der Gemeinschaft zur Union, ihrem Vertiefungsprozess, den vorgenommenen und sich abzeichnenden Erweiterungsrounds, drifteten die beiden Partner immer weiter auseinander. Die ablehnende Haltung zum Beitrittsantrag 1987, welches 1990 offiziell vom Europäischen Rat abgelehnt wurde, zerstörte die Hoffnungen auf einen baldigen Beitritt und damit die Lösung von vielen jahrzehntelang immer wieder aufgeschobenen und ungelösten Problemen zahlreicher Natur. In Folge kam es zu einer rapiden Verschlechterung der Beziehungen und mit dem EU-Gipfel von Luxemburg zu einem völligen Stillstand. Es brach eine Eiszeit im Verhältnis Ankara-Brüssel an, düster waren die zukünftigen Aussichten. Die von beiden Seiten ins Treffen geführten Argumente gaben nicht nur diametral entgegengesetzte Ansichten wieder, sondern machten auch die Unvereinbarkeit der Positionen und Kompromisslosigkeit beider Partner in ganz spezifischen Punkten (Menschenrechte, Zypern und die Rolle des Militärs) deutlich. Die EU ließ die Türkei unmissverständlich wissen, dass sie sich vorerst nicht zu den Beitrittskandidaten zählen durfte. Somit können die Jahre vom EU-Ratsgipfel in Kopenhagen 1993 bis Helsinki 1999 als politisches und atmosphärisches Fiasko, einschließlich schwerer Rückschläge charakterisiert werden – sieht man ein-

[comm/external relations](#)). Doch nur ein sehr geringer Teil dieser Gelder wurde bis zum Jahrtausende auf Grund der konfliktträchtigen türkisch-griechischen sowie türkisch-europäischen Beziehungen ausbezahlt. Einen sehr guten Überblick bietet: Masala, Carlo, Die Euro-Mediterrane Partnerschaft. Geschichte-Struktur-Prozess (Discussion Paper C68/2000), Bonn 2000, S. 5-22, Franchetti, Pardo: The Mediterranean clash of civilizations or enhanced cooperation? (The Quarterly of the Foreign Policy Institute 3-4), Ankara 2000, S. 135-141, Hamdani, Smail: New Horizons of Turkish Foreign Policy in the year 2000 and Beyond (The Quarterly of the Foreign Policy Institute 1-2), Ankara 2000, S. 21-24.

mal von der erfolgreich abgeschlossenen Zollunion ab.<sup>79</sup> Die Türkei fühlte sich v.a. politisch zurückgesetzt und verraten, die Europäische Union gab sich überrascht und missverstanden. Erst mit der offiziellen Ernennung zum „Beitrittskandidaten“, was vorzugsweise als politischer Vertrauensvorschluss und Initiative zur Wiederbelebung der politischen Kontakte zu interpretieren ist, und einer forcierten Heranführungsstrategie (Beitrittspartnerschaft), wie auch auf türkischer Seite mit dem „Nationalen Programm zur Übernahme des Besitzstandes“ und zahlreichen Reformen in den letzten beiden Jahren, trat eine gewisse Wende ein. Letztendlich bleibt zu konstatieren, dass die Türkei, trotz zahlreicher Fortschritte auf dem Weg hin zur Erfüllung der Kopenhagener Kriterien, wohl auch auf kurze und mittelfristige Sicht nicht Mitglied der Europäischen Union werden wird. Die Zusammenarbeit ist durch bilaterale Abkommen gekennzeichnet. Durch eine Intensivierung der Zollunionsbestimmungen und schlussendlich durch eine gemeinsame, auf die gegenseitigen Bedürfnisse abgestimmte Wirtschafts- und Außenpolitik, soll die Kooperation verstärkt werden. In der Praxis wird der Stand der Beziehungen mit jenem der Schweiz vergleichbar sein: „Beitritt/Mitgliedschaft minus x %“.

### *Schlussfolgerungen*

Die These, wonach sich die Türkei im Spannungsfeld zwischen Europäischer Union und Schwarzmeer-Kooperation befindet, kann widerlegt werden. Ein solches Spannungsfeld existierte zu keinen Zeitpunkt: Stets war die türkische Außenpolitik, auch im Zeitraum von 1989 bis zum Jahre 2000, nach Europa orientiert. Die Schwarzmeerregion mit der „Black Sea Economic Cooperation“ wie auch die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und zum Teil auch militärischen Aktivitäten im Kaukasus und der zentralasiatischen Region, müssen v.a. unter einer Bedingung gesehen werden: Nie hätte die Türkei sich so weit vorgewagt, dass dadurch die Möglichkeit einer Mitgliedschaft, bzw. einer stärkeren Integration in die Europäische Union gefährdet gewesen wäre. Im Gegenteil: Das Gros dieser Ak-

79 Siehe dazu: Daser, Peter: Die Zollunion der Europäischen Union mit der Türkei. Unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte, phil. Diss., Innsbruck 1996.

tivitäten sollte ihre Attraktivität für Europa steigern, mit dem beabsichtigten Nebeneffekt, dass sie sich möglicherweise zu einer Hegemonialmacht entwickeln hätte können. Dieser Versuch scheiterte jedoch kläglich. Dennoch könnte sich in Zukunft ein Spannungsfeld entwickeln, insbesondere wenn sich die Beitrittsperspektive als unerreichbar herausstellen sollte: Alte Institutionen und Kanäle würden genutzt werden, um die Interessen des türkischen Staates zu wahren. Dies sollte von der Europäischen Union verhindert werden. Die Türkei als Partner zu verlieren, oder schlimmstenfalls als neuen Konkurrent in für ihre Zukunft so wichtigen Regionen zu gewinnen, kann nicht in ihrem Interesse liegen.

**ZEI DISCUSSION PAPER:** Bisher erschienen / Already published:

- C 1 (1998) Frank Ronge (Hrsg.)  
Die baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union
- C 2 (1998) Gabor Erdödy  
Die Problematik der europäischen Orientierung Ungarns
- C 3 (1998) Stephan Kux  
Zwischen Isolation und autonomer Anpassung: Die Schweiz im integrationspolitischen Abseits?
- C 4 (1998) Guido Lenzi  
The WEU between NATO and EU
- C 5 (1998) Andreas Beierwaltes  
Sprachenvielfalt in der EU – Grenze einer Demokratisierung Europas?
- C 6 (1998) Jerzy Buzek  
Poland's Future in a United Europe
- C 7 (1998) Doug Henderson  
The British Presidency of the EU and British European Policy
- C 8 (1998) Simon Upton  
Europe and Globalisation on the Threshold of the 21st Century.  
A New Zealand Perspective
- C 9 (1998) Thanos Veremis  
Greece, the Balkans and the European Union
- C 10 (1998) Zoran Djindjic  
Serbiens Zukunft in Europa
- C 11 (1998) Marcus Höreth  
The Trilemma of Legitimacy. Multilevel Governance in the EU and the Problem of Democracy
- C 12 (1998) Saadollah Ghaussy  
Japan and the European Union
- C 13 (1998) Walter Schweidler  
Bioethische Konflikte und ihre politische Regelung in Europa
- C 14 (1998) Wolfgang Ischinger  
Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Amsterdam
- C 15 (1998) Kant K. Bhargava  
EU – SAARC: Comparisons and Prospects of Cooperation
- C 16 (1998) Anthony J. Nicholls  
Die deutsch-britischen Beziehungen: Ein hoffnungsloser Fall?
- C 17 (1998) Nikolaj Petersen  
The Danish Referendum on the Treaty of Amsterdam
- C 18 (1998) Aschot L. Manutscharjan  
Der Konflikt um Berg-Karabach: Grundproblematik und Lösungsperspektiven
- C 19 (1998) Stefan Fröhlich  
Der Ausbau der europäischen Verteidigungsidentität zwischen WEU und NATO
- C 20 (1998) Tönis Lukas  
Estland auf dem Weg aus der totalitären Vergangenheit zurück nach Europa
- C 21 (1998) Wim F. van Eekelen  
Perspektiven der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU
- C 22 (1998) Ludger Kühnhardt  
Europa in den Kräftefeldern des 21. Jahrhunderts.
- C 23 (1998) Marco Bifulco  
In Search of an Identity for Europe
- C 24 (1998) Zbigniew Czachór  
Ist Polen reif für die Europäische Union?
- C 25 (1998) Avi Primor  
Der Friedensprozeß im Nahen Osten und die Rolle der Europäischen Union
- C 26 (1998) Igor Leshoukov  
Beyond Satisfaction: Russia's Perspectives on European Integration
- C 27 (1998) Dirk Rohtus  
Die belgische „Nationalitätenfrage“ als Herausforderung für Europa

- C 28 (1998) Jürgen Rüttgers  
Europa – Erbe und Auftrag
- C 29 (1999) Murat T. Laumulin  
Die EU als Modell für die zentralasiatische Integration?
- C 30 (1999) Valdas Adamkus  
Europe as Unfinished Business: The Role of Lithuania  
in the 21<sup>st</sup> Century's Continent
- C 31 (1999) Ivo Samson  
Der widerspruchsvolle Weg der Slowakei in die EU.
- C 32 (1999) Rudolf Hrbek / Jean-Paul Picaper / Arto Mansala  
Deutschland und Europa. Positionen, Perzeptionen, Perspektiven
- C 33 (1999) Dietrich von Kyaw  
Prioritäten der deutschen EU-Präsidentschaft unter Berücksichtigung des  
Europäischen Rates in Wien
- C 34 (1999) Hagen Schulze  
Die Identität Europas und die Wiederkehr der Antike
- C 35 (1999) Günter Verheugen  
Germany and the EU Council Presidency
- C 36 (1999) Friedbert Pflüger  
Europas globale Verantwortung – Die Selbstbehauptung der alten Welt
- C 37 (1999) José María Gil-Robles  
Der Vertrag von Amsterdam: Herausforderung für die Europäische Union
- C 38 (1999) Peter Wittschorek  
Präsidentenwahlen in Kasachstan 1999
- C 39 (1999) Anatolij Ponomarenko  
Die europäische Orientierung der Ukraine
- C 40 (1999) Eduard Kukan  
The Slovak Republic on its Way into the European Union
- C 41 (1999) Ludger Kühnhardt  
Europa auf der Suche nach einer neuen geistigen Gestalt
- C 42 (1999) Simon Green  
Ausländer, Einbürgerung und Integration: Zukunftsperspektive der  
europäischen Unionsbürgerschaft?
- C 43 (1999) Ljerka Mintas Hodak  
Activities of the Government of the Republic of Croatia in the Process of  
European Integration
- C 44 (1999) Wolfgang Schäuble  
Unsere Verantwortung für Europa
- C 45 (1999) Eric Richard Staal  
European Monetary Union: The German Political-Economic Trilemma
- C 46 (1999) Marek J. Siemek  
Demokratie und Philosophie
- C 47 (1999) Ioannis Kasoulides  
Cyprus and its Accession to the European Union
- C 48 (1999) Wolfgang Clement  
Perspektiven nordrhein-westfälischer Europapolitik
- C 49 (1999) Volker Steinkamp  
Die Europa-Debatte deutscher und französischer Intellektueller nach dem  
Ersten Weltkrieg
- C 50 (1999) Daniel Tarschys  
50 Jahre Europarat
- C 51 (1999) Marcin Zaborowski  
Poland, Germany and EU Enlargement
- C 52 (1999) Romain Kirt  
Kleinstaat und Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung
- C 53 (1999) Ludger Kühnhardt  
Die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens

- C 54 (1999) Lothar Rühl  
Conditions and options for an autonomous „Common European Policy on Security and Defence“ in and by the European Union in the post-Amsterdam perspective opened at Cologne in June 1999
- C 55 (1999) Marcus Wenig (Hrsg.)  
Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Europa am Beispiel Deutschland - Slowakei
- C 56 (1999) Rafael Biermann  
The Stability Pact for South Eastern Europe - potential, problems and perspectives
- C 57 (1999) Eva Slivková  
Slovakia's Response on the Regular Report from the European Commission on Progress towards Accession
- C 58 (1999) Marcus Wenig (Ed.)  
A Pledge for an Early Opening of EU-Accession Negotiations
- C 59 (1999) Ivo Sanader  
Croatia's Course of Action to Achieve EU Membership
- C 60 (2000) Ludger Kühnhardt  
Europas Identität und die Kraft des Christentums
- C 61 (2000) Kai Hafez  
The West and Islam in the Mass Media
- C 62 (2000) Sylvie Goulard  
Französische Europapolitik und öffentliche Debatte in Frankreich
- C 63 (2000) Elizabeth Meehan  
Citizenship and the European Union
- C 64 (2000) Günter Joetze  
The European Security Landscape after Kosovo
- C 65 (2000) Lutz Rathenow  
Vom DDR-Bürger zum EU-Bürger
- C 66 (2000) Panos Kazakos  
Stabilisierung ohne Reform
- C 67 (2000) Marten van Heuven  
Where will NATO be ten years from now ?
- C 68 (2000) Carlo Masala  
Die Euro-Mediterrane Partnerschaft
- C 69 (2000) Weltachsen 2000/World Axes 2000. A documentation
- C 70 (2000) Gert Maichel  
Mittel-/Osteuropa: Warum engagieren sich deutsche Unternehmen?
- C 71 (2000) Marcus Wenig (Hrsg.)  
Die Bürgergesellschaft als ein Motor der europäischen Integration
- C 72 (2000) Ludger Kühnhardt/Henri Ménudier/Janusz Reiter  
Das Weimarer Dreieck
- C 73 (2000) Ramiro Xavier Vera-Fluixa  
Regionalbildungsansätze in Lateinamerika und ihr Vergleich mit der Europäischen Union
- C 74 (2000) Xuewu Gu (Hrsg.)  
Europa und Asien: Chancen für einen interkulturellen Dialog?
- C 75 (2000) Stephen C. Calleya  
Is the Barcelona Process working?
- C 76 (2000) Ákos Kengyel  
The EU's Regional Policy and its extension to the new members
- C 77 (2000) Gudmundur H. Frimannsson  
Civic Education in Europe: Some General Principles
- C 78 (2000) Marcus Höreth  
Stille Revolution im Namen des Rechts?
- C 79 (2000) Franz-Joseph Meiers  
Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) oder Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP)?

- C 80 (2000) Gennady Fedorov  
Kaliningrad Alternatives Today
- C 81 (2001) Ann Mettler  
From Junior Partner to Global Player: The New Transatlantic Agenda and Joint Action Plan
- C 82 (2001) Emil Minchev  
Southeastern Europe at the beginning of the 21<sup>st</sup> century
- C 83 (2001) Lothar Rühl  
Structures, possibilities and limits of European crisis reaction forces for conflict prevention and resolution
- C 84 (2001) Viviane Reding  
Die Rolle der EG bei der Entwicklung Europas von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft
- C 85 (2001) Ludger Kühnhardt  
Towards Europe 2007. Identity, Institution–Building and the Constitution of Europe
- C 86 (2001) Janusz Bugajski  
Facing the Future: The Balkans to the Year 2010
- C 87 (2001) Frank Ronge / Susannah Simon (eds.)  
Multiculturalism and Ethnic Minorities in Europe
- C 88 (2001) Ralf Elm  
Notwendigkeit, Aufgaben und Ansätze einer interkulturellen Philosophie
- C 89 (2001) Tapio Raunio / Matti Wiberg  
The Big Leap to the West: The Impact of EU on the Finnish Political System
- C 90 (2001) Valérie Guérin-Sendelbach (Hrsg.)  
Interkulturelle Kommunikation in der deutsch-französischen Wirtschaftskooperation
- C 91 (2001) Jörg Monar  
EU Justice and Home Affairs and the Eastward Enlargement: The Challenge of Diversity and EU Instruments and Strategies
- C 92 (2001) Michael Gehler  
Finis Neutralität? Historische und politische Aspekte im europäischen Vergleich: Irland, Finnland, Schweden, Schweiz und Österreich
- C 93 (2001) Georg Michels  
Europa im Kopf – Von Bildern, Klischees und Konflikten
- C 94 (2001) Marcus Höreth  
The European Commission's White Paper Governance: A 'Tool-Kit' for closing the legitimacy gap of EU policymaking?
- C 95 (2001) Jürgen Rüländ  
ASEAN and the European Union: A Bumpy Interregional Relationship
- C 96 (2001) Bo Bjurulf  
How did Sweden Manage the European Union?
- C 97 (2001) Biomedizin und Menschenwürde.  
Stellungnahmen von Ulrich Eibach, Santiago Ewig, Sabina Laetitia Kowalewski, Volker Herzog, Gerhard Höver, Thomas Sören Hoffmann und Ludger Kühnhardt
- C 98 (2002) Lutz Käppel  
Das Modernitätspotential der alten Sprachen und ihre Bedeutung für die Identität Europas
- C 99 (2002) Vaira Vike-Freiberga  
Republik Lettland und das Land Nordrhein-Westfalen – Partner in einem vereinten Europa
- C 100 (2002) Janusz Musial  
Periodische Arbeitsmigration aus Polen (Raum Opatów) nach Deutschland. Ein Testfall für die Erwerbswanderungen nach der Osterweiterung?
- C 101 (2002) Felix Maier (Hrsg.)  
Managing asymmetric interdependencies within the Euro-Mediterranean Partnership.
- C 102 (2002) Hendrik Vos  
The Belgian Presidency and the post-Nice process after Laeken
- C 103 (2002) Helmut Kohl  
Der EURO und die Zukunft Europas

- C 104 (2002) Ludger Kühnhardt  
The Lakes of Europe
- C 105 (2002) Katharina von Schnurbein  
Der tschechische EU-Beitritt: Politischer Prozeß wider die öffentliche Meinung
- C 106 (2002) Andrew Dennison  
Shades of Multilateralism. U.S. Perspectives on Europe's Role in the War on Terrorism
- C 107 (2002) Boris Hajoš et.al.  
The Future of the European Integration Process: Ideas and Concepts of Candidate Countries
- C 108 (2002) Hans von der Groeben  
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 109 (2002) Emil Mintchev /Klaus Büniger  
A Sustained Economic Revival in Kosovo. Need for a Liberal Concept
- C 110 (2002) Michael Lochmann  
Die Türkei im Spannungsfeld zwischen Schwarzmeer-Kooperation und Europäischer Union
- C 111 (2002) Indra de Soysa / Peter Zervakis  
Does Culture Matter? The Relevance of Culture in Politics and Governance in the Euro-Mediterranean Zone

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** wurde 1995 als selbständig arbeitende, interdisziplinäre Forschungseinrichtung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn gegründet. In Forschung, Lehre und Politikberatung sowie im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis beteiligt sich das ZEI an der Lösung bisher unbewältigter Probleme der europäischen Einigung und der Gestaltung der Rolle Europas in der Welt. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage im Internet: <http://www.zei.de>.

*ZEI – DISCUSSION PAPERS* richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfaßten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Jeder Beitrag unterliegt einem internen Auswahlverfahren und einer externen Begutachtung. Gleichwohl gibt er die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten zusammen. Die aktuelle Liste finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.ZEI.de>.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** was established in 1995 as an independent, interdisciplinary research institute at the University of Bonn. With research, teaching and political consultancy ZEI takes part in an intensive dialogue between scholarship and society in contributing to the resolution of problems of European integration and the development of Europe's global role. For further information, see: <http://www.zei.de>.

*ZEI – DISCUSSION PAPERS* are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. Each paper has been exposed to an internal discussion within the Center for European Integration Studies (ZEI) and an external peer review. The papers mostly reflect work in progress. For a current list, see the center's homepage: <http://www.ZEI.de>.

---

ISSN 1435-3288

ISBN 3-936183-10-4

---

Zentrum für Europäische Integrationsforschung  
Center for European Integration Studies  
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3  
D-53113 Bonn  
Germany

Tel.: +49-228-73-1880  
Fax: +49-228-73-1788  
<http://www.zei.de>